FileNr:61|id:03B7B9B8-B723-4A44-83A0-11670D88A8DA|date:2023-05-05|source:HB|title:HOMO OECONOMICUS Deutschland pocht auf strengere Regeln

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Doch das Schuldenproblem der Europaeischen Union laesst sich auf diese Weise nicht loesen. Beim anstehenden Treffen der Euro-Finanzminister am 15. Mai wird die Reform der EU-Fiskalregeln zentrales Thema sein: Die EU-Kommission veroeffentlichte kuerzlich einen Gesetzesvorschlag. Der Zeitplan, um eine Reform noch vor den EU-Wahlen 2024 durchzuboxen, ist eng. Deutschland und einige andere haben den Prozess verzoegert.

Die Vorschlaege der Kommission machen bereits Zugestaendnisse an Deutschland, indem sie strengere Vorgaben beinhalten, die Staatsschuldenquote zu reduzieren, als urspruenglich vorgesehen. Dennoch drohte Finanzminister Christian Lindner (FDP) vor Kurzem in einem Gastbeitrag in der „Financial Times“ offen damit, den Reformprozess lahmzulegen, wenn in den Verhandlungen nicht noch staerker auf seine Positionen eingegangen wird.

Die deutsche Regierung traut der Kommission nicht, wenn diese mehr laenderspezifischen Spielraum bei der Analyse der Schuldensituation einzelner Staaten und der bilateralen Verhandlung mehrjaehriger Budgetplaene vorschlaegt. Die Befuerchtung ist, dass die Kommission vor allem mit Hochschuldenlaendern wie Italien oder Spanien zu lax sein koennte. Im Anfang April veroeffentlichten deutschen Positionspapier zu der Reform wird ein schnellerer Abbau der Staatsschuldenquote gefordert.

Konkret will Deutschland eine noch schaerfere Regel: Die Staatsschuldenquote muesse in Laendern mit hoher Schuldenquote jedes Jahr um mindestens einen Prozentpunkt und in Laendern mit moderaten Schuldenherausforderungen um einen halben Prozentpunkt sinken. Die Kommission sieht vor, dass die Schuldenquote nach Plan mittelfristig, aber nicht in jedem Jahr sinken soll. Der deutsche Vorschlag ist problematisch. Angesichts der Erfahrungen mit den Krisen der vergangenen Jahre sollte klar sein, dass Regierungen den jaehrlichen Schuldenstand nicht kontrollieren koennen. Dieser ist von aeusseren Ereignissen abhaengig. Die von Deutschland vorgeschlagene Regel koennte eine krisenverschaerfende Finanzpolitik erzwingen.

Zudem besteht Deutschland auf einer Obergrenze fuer das „strukturelle“ Budgetdefizit, also das Defizit unter Herausrechnung von Konjunktureinfluessen. Die grossen Fehler bei der Schaetzung dieses theoretischen Konstrukts trugen in der Vergangenheit zu kontraproduktivem Sparzwang im Abschwung bei und sind vielfach dokumentiert. Indem die Bundesregierung auf einer problematischen Schaetzgroesse besteht, ohne gleichzeitig eine Korrektur von deren Berechnung zu fordern, ignoriert sie den Stand der Forschung. Es gibt gute Gruende, den Kommissionsvorschlag zu verbessern. Aber Deutschland sollte nicht den Irrweg beschreiten, auf noch schaerferen Regeln zur Schuldenreduktion zu bestehen; denn das schadet dem Ziel der Schuldentragfaehigkeit....

Fokus Deutschland Warnend Negativ